Herr Züll bat in seinen Ausführungen darum, dass die eingegangenen Einwendungen gegen die Festsetzung im Protokoll ausführlicher differenziert werden, um eine richtige Einschätzung vornehmen zu können.

Seitens der Fraktion Aufbruch erklärte Herr Leidorf, dass seine Fraktion rechtliche Folgen (z. B. Schadensersatz) auf die Verwaltung zukommen sehe, wenn hier eine Änderung vorgenommen wird. Es sollte daher bleiben wie es ist.

Frau Groß führte aus, dass es sich bei den Einwendungen ausschließlich um solche handelt, wo Bürger in Zukunft noch Bauanträge stellen wollen und daher Sorge haben, dass dann dort nur mit bestimmten Auflagen gebaut werden kann bzw. bei Veräußerung der Grundstücke entsprechend niedrigere Verkaufspreise erzielt würden (Überschwemmungsgebiet). Ob es hier zu Schadenersatzansprüchen kommen wird, kann zurzeit nicht bewertet werden, da dies juristisch geprüft werden müsste. Ausschlaggebend sind zunächst die baurechtlichen Konsequenzen, wenn überbaute Gebiete als Überschwemmungsgebiete ausgewiesen würden, dann müsste jede bauliche Änderung, die dann vorgenommen wird, auch wasserrechtlich genehmigt werden müssen. Deshalb ist angeregt worden - in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde und dem Wasserverband - den derzeit als Überschwemmungsgebiet des Lauterbachs dargestellten Bereich der Ortslage Birlinghoven als „hochwassergefährdeter Bereich“ auszuweisen. Dies hätte zur Folge, dass eine wasserrechtliche Genehmigungserfordernis entfallen würde.

Herr Gleß führte abschließend aus, dass die Bezirksregierung Köln zuständig für dieses eingeleitete Festsetzungsverfahren sei und nicht die Stadt Sankt Augustin.

Protokollnotiz:

Bei Erstellung dieser Niederschrift lag das Ergebnis der juristischen Prüfung noch nicht vor. Es wird den Fraktionen nach Vorlage entsprechend zugestellt werden.

Dann nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.